



Thüringer Schulen mit Ganztagsangeboten

MdL Torsten Wolf: Bertelsmann-Studie zu Ganztagschulen mit begrenzter Aussagekraft

Mit großem Interesse hat der bildungspolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE, Torsten Wolf, die Studie der Bertelsmann-Stiftung „Die landesseitige Ausstattung gebundener Ganztagschulen mit personellen Ressourcen“ zur Kenntnis genommen. „Der Wert der Studie ist die umfangreiche Analyse eines ressourcengebundenen Ganztagskonzeptes. Die Schwäche der Studie ist die geringe Übertragbarkeit des Ländervergleiches auf Thüringen und die einseitige Ausrichtung des Forschungsgegenstandes auf die gebundene Form der Ganztagschule.“

Nach der am 28. April veröffentlichten Studie liegt Thüringen bei den Lernzeiten und der Ausstattung von Ganztagschulen im bundesweiten Vergleich auf hinteren Plätzen. Demnach haben die Schüler an Grundschulen 7,9 zusätzliche Stunden wöchentlich zur Verfügung (13,7 im Bundesdurchschnitt), an Gymnasien 3,9 (7,8) und an anderen weiterführenden Schulen 4,1 (8,2).

Dazu erklärte Torsten Wolf: „In der Studie ist überhaupt nicht erfasst, dass im Grund- und Gemeinschaftsschulbereich in diesem Schuljahr in Thüringen alle Schulen ein Ganztagsangebot vorhalten. Ein einmalig guter Wert. Auch nehmen 84,6 Prozent der Grundschüler an Ganztagsangeboten teil, 68,3 Prozent sogar länger als zehn Stunden in der Woche. Auch dies sind,

von Bertelsmann nicht betrachtet, hervorragende Werte.“

Zum Hintergrund erläutert der Abgeordnete: Die Autoren der Studie gehen hingegen von einem Konzept der zugewiesenen Lehrerwochenstunden für den Ganztag aus, da sie ausschließlich die gebundene Ganztagsform untersuchen. Offene Ganztagsschulangebote, wie überwiegend in Thüringen praktiziert, sehen im Hort als Nachmittagsangebot und in der Rhythmisierung des Schulvormittages mit dem Nachmittag (Einsatz von Erzieherinnen und Erziehern auch im Unterricht als Zweitkraft) eine bessere Möglichkeit, Kinder optimal zu fördern. Die offenen Ganztagsschulangebote werden von den Bertelsmann-Forschern hingegen überhaupt nicht betrachtet.

Schulentwicklungsprozesse finden keine Berücksichtigung

Gebundene Ganztagsschulformen sehen in der Ausweitung der Unterrichtsangebote in den Nachmittag, mit längeren Pausen, zusätzlichen Angeboten und Lernzeiten im ganzen Tag, die optimale Lösung der Rhythmisierung. Beide Modelle haben Vor- und Nachteile. „Die gewählte Untersuchungsmethode benachteiligt die sehr gute Ganztagschulentwicklung in Thüringen. Innere Schulentwicklungsprozesse, die in den letzten Jahren im Mittelpunkt standen, finden ebenso wenig Berücksichtigung, wie der hohe finanzielle Aufwand, den das relativ kleine Bun-

desland Thüringen durch die tarifgerechte Beschäftigung der Erzieherinnen hat. Die Aussagekraft der Bertelsmann-Studie ist daher für Thüringen als begrenzt anzusehen“, geht Torsten Wolf in seiner Analyse auf kritische Distanz. „Im Koalitionsvertrag von Rot-Rot-Grün ist vereinbart, die Thüringer Grund- und Gemeinschaftsschulen zu echten Ganztagschulen weiterzuentwickeln. Dies werden wir auch unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Bertelsmann-Studie in den nächsten Jahren realisieren.“

Ganztagsquote: Thüringen wird weiterhin führend sein

„Ob wir den Weg der gebundenen oder der offenen Ganztagschule einschlagen oder ein Mischmodell wie teilgebundene Ganztagschulen wählen, ist dabei völlig offen“, so der Abgeordnete weiter.

„Mit der Rückholung der Horte zum Land zu Beginn des nächsten Schuljahres haben wir die Voraussetzungen geschaffen, einheitliche Regelungen für alle Grund- und Gemeinschaftsschulen zu finden, unter denen sich die verschiedenen Modelle der Schulen weiterentwickeln können. Wir werden die Ergebnisse der Bertelsmann-Studie dabei kritisch mit einbeziehen. Eltern, Schüler und Lehrkräfte können sich darauf verlassen, dass Thüringen in der Ganztagsquote unter besten Bedingungen weiterhin führend sein wird“, stellte der Bildungspolitiker klar. ■

KOMMENTIERT:

von Anja Müller

Rückkopplung

Schon im Rahmen von Gesetzgebungsverfahren ist direkte demokratische Bürgerbeteiligung sinnvoll und wichtig. So können bereits im Entstehungsprozess Anregungen und Sachverstand von Bürgerinnen und Bürgern einfließen. Umso mehr gilt das, wenn es um einen Gesetzentwurf zur Stärkung der direkten Demokratie in Kommunen geht, wie ihn die Fraktionen von LINKE, SPD und GRÜNEN in den Landtag eingebracht haben und zusammen mit dem Bündnis für Mehr Demokratie in Thüringen erarbeitet hatten.

Wir rufen daher die Menschen in Thüringen auf, sich mit Anregungen und Hinweisen zum Gesetzentwurf im Online-Forum des Landtags zu beteiligen.

Der Innen- und Kommunalausschuss hatte beschlossen den Gesetzentwurf zur direkten Demokratie in Kommunen, der im Landtag in erster Lesung am 17. März beraten worden war, im Online-Form öffentlich zur Diskussion zu stellen. Die Koalitionsfraktionen erhoffen sich eine rege Teilnahme und sinnvolle Vorschläge von „den Leuten vor Ort“. Die Rückkopplung der Gesetzgebungsarbeit des Landtags mit den Menschen vor Ort ist notwendig und gut, damit die Gesetze keine werden, die nur „am Grünen Tisch“ funktionieren.

Wir als LINKE sind aber guter Dinge, dass wir für den Gesetzentwurf zur weiteren Erleichterung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden in Thüringen Zustimmung bei den Menschen finden, z.B. für die Ausweitung der Mitbestimmungsmöglichkeiten bei wirtschaftlicher Betätigung der Kommunen, bei der Frage der Abwahl von Bürgermeistern, aber auch für die Verbesserung der Beteiligungsmöglichkeiten der Initiatoren bei der Beratung von Bürgerbegehren im Gemeinderat sowie die Verbesserung der Informationsmaterialien über den jeweiligen konkreten Bürgerentscheid.

Anja Müller ist Sprecherin der Linksfraktion für Bürgerbeteiligung und Petitionen

Online-Forum des Landtags: <https://forum-landtag.thueringen.de/>

Öffentliche Anhörung des Innen- und Kommunalausschusses im Landtag in Erfurt zum Demokratie-Gesetzentwurf am Donnerstag, den 12. Mai, Beginn 10.00 Uhr, Raum F101, Funktionsgebäude. ■

AKTUELL

Tarifeinigung im öffentlichen Dienst erreicht

Rainer Kräuter, gewerkschaftspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, begrüßte anlässlich der Tarifeinigung im öffentlichen Dienst für Bund und Kommunen, „dass es den Gewerkschaften im öffentlichen Dienst gelungen ist, mit ihren Aktionen die Arbeitgeberseite zu angemessenen Zugeständnissen zu zwingen. Die Gewerkschaften konnten damit am 1. Mai einen weiteren Erfolg feiern“.

Rückwirkend ab 1. März 2016 soll es 2,4 Prozent und ab 1. Februar 2017 dann 2,35 Prozent mehr geben. Die Laufzeit beträgt 24 Monate. Gewerkschaftsvertreter hatten bei den Kundgebungen zum 1. Mai angekündigt, auch nach der Tarifeinigung wei-

ter für gute Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Außerdem lautete die Forderung, dass die Vereinbarung im öffentlichen Dienst uneingeschränkt auch auf Beamte übertragen werden müsse.

Der Thüringer Beamtenbund hatte angemahnt, dass mit der Tarifeinigung im öffentlichen Dienst Angestellte in den Ost-Kommunen beim Weihnachtsgeld weiter gegenüber ihren Westkollegen benachteiligt sind, notwendig sei eine stufenweise Angleichung, so wie es bei den Beschäftigten von Bund und Ländern der Fall ist.

Rainer Kräuter hatte in seiner Erklärung außerdem gesagt: „Bei den Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst für Bund und Kommunen hat der Verhandlungsführer der Arbeitgeberseite durch eine miserable Verhandlungsführung die Leistungen der Beschäftig-

ten mit Füßen getreten und erst nach massivem Druck der Gewerkschaften ein tragfähiges Angebot unterbreitet. Thomas de Maizière provozierte durch seine Verhandlungstaktik Warnstreiks, die letztlich zu Lasten von vielen Menschen in der Bundesrepublik gingen.“

Der Gewerkschaftspolitiker unterstrich seine massive Kritik an der Verhandlungsführung der Arbeitgeberseite. „Diese hat neuerlich dazu beitragen, dass bei vielen Menschen das Vertrauen in den Staat weiter gesunken ist, weil dieser in Vertretung der Arbeitgeberseite nicht willens war, durch ein sofortiges akzeptables Tarifangebot die Leistungen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Bund und Kommunen gebührend wertzuschätzen.“ ■